



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat:

Auf dem Weg zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik

COM (2019) 8 final

BR-Drs. 31/19

Drs. 18/324, 18/1662

Die Kommission möchte mit der am 15.01.2019 veröffentlichten Mitteilung eine Debatte über das Beschlussfassungsverfahren in Fragen der Steuerpolitik in der Europäischen Union anstoßen. Ziel der von der Kommission vorgeschlagenen, schrittweisen Reform ist, das bisher in der EU-Steuerpolitik geltende Prinzip der einstimmigen Beschlussfassung durch Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rahmen des ordentlichen EU-Gesetzgebungsverfahrens zu ersetzen.

Der Landtag steht dem Vorhaben ablehnend gegenüber.

Der Landtag stimmt mit der Kommission überein, dass Europa auch im Bereich der Besteuerung auf die Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung – wie z. B. den Standortwettbewerb durch die jüngste Steuerreform in den Vereinigten Staaten von Amerika oder die Besteuerung von global tätigen Großunternehmen – gemeinsame, effektive Antworten geben muss.

Der Landtag stimmt der Kommission auch darin zu, dass ein koordiniertes Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten im Steuerbereich von entscheidender Bedeutung ist, um die Einnahmen der Mitgliedstaaten zu schützen und ein faires steuerliches Umfeld für alle sicherzustellen.

Der Landtag erteilt einer Abkehr vom bisher geltenden Prinzip der Einstimmigkeit in der Steuerpolitik jedoch eine klare Absage:

Die Steuergesetzgebung ist ein Kernbereich staatlicher Souveränität. Die Staatseinnahmen und Haushalte sind zentrale Instrumente politischer Gestaltung der Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen – von der Standortpolitik bis hin zur Ausgestaltung der sozialen Sicherheit. Ein Mitgliedstaat oder eine Region, die die Gestaltung ihrer Steuerpolitik nicht mehr selbst in der Hand hat, verliert damit automatisch einen wesentlichen Teil der Kompetenz, für seine bzw. ihre Bürgerinnen und Bürger vor Ort Impulse zu setzen: Sind auf EU-Ebene getroffene Mehrheitsentscheidungen umzusetzen, bleibt der nationale und regionale Gesetzgeber ohne grundlegende Gestaltungsmöglichkeiten. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil in vielen anderen Politikbereichen bereits Mehrheitsentscheidungen erhebliche Auswirkungen haben. Eine solche Entwicklung würde langfristig sogar die Legitimation von nationalstaatlichen und regionalen Parlamenten in Frage stellen.

Der Landtag ist daher der Ansicht, dass das Ziel einer gemeinsamen, modernen und effektiven Steuerpolitik in Europa von großer Bedeutung ist, aber vor allem durch eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung der Mitgliedstaaten und Vereinbarungen auf internationaler Ebene (OECD) erreicht werden muss, um internationale Handels- und Steuerkonflikte zu vermeiden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident